



1. Juli 2026

Kinderrechte gelten ohne Ausnahme: anlässlich der diesjährigen Aschura-Marsch in Berlin

In den vergangenen Tagen wurden über soziale Medien zahlreiche Videos und Bilder im Zusammenhang mit den schiitischen Trauerzeremonien des diesjährigen Aschura-Marsches in Berlin verbreitet. Sie zeigen, wie Kinder und Jugendliche über viele Stunden hinweg bei hohen Temperaturen in einer Weise einbezogen werden, die ihre Würde missachtet und den Eindruck erweckt, dass sie für ideologische oder politische Zwecke instrumentalisiert werden. Die Aufnahmen haben viele Menschen tief bewegt.

Die Religions- und Meinungsfreiheit gehören zu den Grundpfeilern einer demokratischen Gesellschaft. Diese Freiheiten finden jedoch dort ihre Grenzen, wo das Wohl und die Rechte von Kindern beeinträchtigt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Minderjährige für die Vermittlung politischer oder ideologischer Botschaften eingesetzt werden oder Situationen ausgesetzt sind, die ihre körperliche oder psychische Unversehrtheit sowie ihre Menschenwürde gefährden. Kinderrechte, körperliche Unversehrtheit und die freie Entwicklung der Persönlichkeit gelten universell und ohne religiöse oder kulturelle Ausnahmen.

Aus psychologischer und sozialpsychologischer Sicht befinden sich Kinder und Jugendliche in einer entscheidenden Phase ihrer Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung. Sie sind besonders empfänglich für soziale Einflüsse, Gruppendruck und emotionale Bindungen. Werden sie frühzeitig mit Feindbildern, ideologischen Narrativen oder der Verherrlichung von Leid und Gewalt konfrontiert, kann dies ihre Fähigkeit zur eigenständigen Urteilsbildung, zur Empathie sowie zu einem pluralistischen und demokratischen Werteverständnis beeinträchtigen.

Gleichzeitig beobachten wir seit einigen Jahren eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung. Soziale Spannungen, Identitätskonflikte und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit schaffen einen Nährboden für ideologische Radikalisierung und die Entstehung starrer Gruppenidentitäten. Wo konstruktiver Dialog, gegenseitige Toleranz und rationale Auseinandersetzung in den Hintergrund treten, gewinnen emotionale Polarisierung und die Einteilung in „wir“ und „sie“ an Einfluss. Dadurch werden gesellschaftliche Probleme nicht gelöst, sondern häufig weiter verschärft.

Gerade deshalb sollten solche Vorfälle nicht lediglich als Einzelfälle betrachtet werden. Sie können Anlass sein, sich ernsthaft mit den Ursachen gesellschaftlicher Spannungen auseinanderzusetzen. Dazu gehören Fragen der Integration, der sozialen Teilhabe, der Entwicklung einer stabilen Identität sowie der Förderung demokratischer Werte und eines respektvollen Zusammenlebens. Langfristig ist eine offene und differenzierte gesellschaftliche Debatte wirkungsvoller als Verdrängung oder pauschale Verurteilungen.

Als medizinische Fachgesellschaft betrachten wir diese Vorgänge nicht in erster Linie unter religiösen oder politischen Gesichtspunkten, sondern aus der Perspektive des Kindeswohls, der körperlichen Gesundheit sowie der psychischen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Kinder sind keine Träger religiöser, ideologischer oder politischer Botschaften. Sie dürfen nicht zu Symbolfiguren gesellschaftlicher, religiöser oder historischer Konflikte gemacht werden.

In diesem Zusammenhang verdient auch die Situation der Kinder und Jugendlichen im Iran besondere Aufmerksamkeit. In den vergangenen Monaten wurden zahlreiche Kinder und junge Menschen, die sich friedlich für Freiheit, Menschenwürde und grundlegende Rechte eingesetzt haben, Opfer schwerer staatlicher Gewalt, die wir sie zuletzt durch Massaker sowie systematische Gewaltanwendung und Tötung von über vierzigtausend Menschen erlebt haben.

Aus menschenrechtlicher Sicht ist es wichtig, dass solche Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten und die internationale Gemeinschaft konsequent für den Schutz der Rechte und der Würde aller Kinder und Jugendlichen eintritt, unabhängig davon, in welchem Land sie leben oder welcher Religion sie angehören.

Wir erwarten von Politik, Behörden sowie den Institutionen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens eine klare Haltung und eine konsequente Orientierung am Kindeswohl. Eine offene Gesellschaft beweist ihre Stärke nicht dadurch, dass sie schwierigen Fragen ausweicht, sondern dadurch, dass sie die Schwächsten schützt.

Als Verein mit medizinischem Schwerpunkt und Mitgliedern mit eigener Migrationsgeschichte weisen wir ausdrücklich darauf hin: Unsere Kritik richtet sich weder gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft noch gegen ihre Religion. Sie richtet sich ausschließlich gegen Praktiken, die die Gesundheit, die Würde oder die freie Entwicklung von Kindern beeinträchtigen können.

Kinderrechte sind universell.

Mit freundlichen Grüßen

Patriotic Doctors of Iran (PDI)